

Liebe Leserinnen und Leser,

Union Busting, das ist die organisierte Bekämpfung von Gewerkschaften und Betriebsräten. Union Busting stellt heute auch in Deutschland für Gewerkschaften eine existenzielle Bedrohung dar. Mit diesem Falblatt wollen wir sowohl das Problem benennen als

auch Ansätze für Gegenwehr bekannt machen.

Die beiden dokumentierten Union-Busting-Fälle aus unserer Region sind nur zwei Beispiele von vielen.

Wir wünschen eine anregende Lektüre!

Euer Aktionskreis gegen Unternehmerwillkür (AKUWILL)

Möbelhaus XXXL Rück in Oberhausen: Widerstand gegen das Ausbeutungsmodell von XXXLutz

Zu Beginn des Jahres 2014 wurde die Möbelstadt Rück durch die XXXLutz-Gruppe übernommen. Im Zuge der Übernahme wurde allen Beschäftigten des Möbelhauses in Oberhausen gekündigt. Den meisten von ihnen wurden Arbeitsverträge in XXXLutz-Gesellschaften angeboten – im Vergleich mit ihren alten Verträgen zu deutlich schlechteren Bedingungen. Potentiell unbequeme, „teure“ oder nicht so leicht kündbare Beschäftigte, zum Beispiel Betriebsräte oder Schwerbehinderte, erhielten nicht einmal dieses Angebot. Die Geschäftsleitung behauptet auch heute noch, dies sei rechtmäßig gewesen, weil das Möbelhaus geschlossen und durch XXXL wieder neu eröffnet worden wäre.

Kündigungsschutzklagen erfolgreich

Das Arbeitsgericht Oberhausen sah dies jedoch anders und entschied im Jahr 2016 in den meisten Fällen, dass die Kündigungen der Altbeschäftigten unzulässig seien, weil ein Betriebsübergang nach BetrVG § 613 stattgefunden habe. Tatsächlich ist der Geschäftsbetrieb bei Rück nach der Übernahme ohne Unterbrechung weiter gelaufen. Gegen diese Urteile legte XXXL Berufung ein.

Am 1. August 2016 endete die erste der Kündigungsschutzklagen vor dem Landesarbeitsgericht Düsseldorf mit einem Vergleich: Ein Tischler, der seit 1977 bei dem Möbelhaus beschäftigt war, erhält eine Abfindung von 75.000 Euro – 20.000 Euro mehr, als ihm in der Vorinstanz angeboten worden war.

Am 30. August gewann ein gekündigter Verkäufer von Rück seinen Prozess. Trotz des bis zuletzt unsicheren Ausgangs des Verfahrens hatte er sich auch auf mehrfache Nachfrage nicht auf einen Vergleich eingelassen. Erst Stunden nach der Verhandlung bestätigte das Gericht die Sicht des Arbeitsgerichts Oberhausen: Es handelte sich bei der Übernahme von Rück um einen Betriebsübergang, bei dem alle Arbeitsverhältnisse auf den neuen Eigentümer übergegangen sind.



In den nächsten Monaten werden weitere Kündigungsschutzklagen von KollegInnen von Rück verhandelt. Es ist wichtig, dass auch diese Verhandlungen große Öffentlichkeit erfahren und von vielen Menschen besucht werden. Die gewonnene Klage ist ein gutes Zeichen, aber keine Garantie dafür, dass alle anderen KollegInnen ihren Prozess ebenfalls gewinnen werden. Zudem wurde Berufung zugelassen.

Betriebsrat wehrt sich gegen Behinderung seiner Arbeit

Es gibt noch einen weiteren Vorwurf gegen XXXL Rück, der vor dem Arbeitsgericht verhandelt wird:

Der im Jahr 2014 gewählte Betriebsrat von XXXL Rück geht davon aus, dass er aufgrund des einheitlichen Betriebsübergangs bis 2018 im Amt ist. Dieser Auffassung war auch das Arbeitsgericht Oberhausen, als es mit dieser Begründung im November 2015 einen Eilantrag im Zusammenhang mit der damals geplanten vorsorglichen Neuwahl des Betriebsrats ablehnte.

Dem Betriebsrat wird jedoch seitens der Unternehmensleitung der Zutritt zu seinem Büro verweigert.

Seit einem Jahr kann er dadurch nur sehr erschwert seine Aufgabe wahrnehmen, die Interessen der KollegInnen gegenüber der Geschäftsleitung zu vertreten.

Dagegen hat der Betriebsrat Klage eingereicht. Einen Verhandlungstermin gibt es derzeit noch nicht, nachdem er bereits zweimal verschoben wurde.

Forderung: Baurecht am Centro nur gegen Rücknahme der Kündigungen

Das Möbelhaus im Schladviertel ist für die Bedürfnisse von XXXLutz eigentlich zu klein, und auch die Lage mitten in einem Wohngebiet ist aufgrund des Verkehrsaufkommens problematisch. So will XXXL in der Nähe des Oberhausener Konsumtempels Centro ein großes Möbelhaus neu bauen. Die Einleitung des nötigen vorhabenbezogenen Bebauungsplanverfahrens hat der Rat der Stadt am 4. Juli 2016 beschlossen.

Bei der Ratssitzung empörten sich Mitglieder aller Fraktionen über die Unternehmenspraxis von XXXLutz. Sie unterstützten die Forderungen des Betriebsrates von Rück und von verdi, dass die Neuansiedlung des Möbelhauses gekoppelt werden muss an verbindliche Vereinbarungen im Sinne der Beschäftigten. Auch Oberbürgermeister Daniel Schranz (CDU) sicherte den KollegInnen, von denen einige als ZuschauerInnen die Ratssitzung verfolgten, zu, auf die Geschäftsleitung von XXXL Rück entsprechend einzuwirken.

Nach seiner Aussage hat es bereits Gespräche gegeben, in denen man XXXLutz unmissverständlich klargemacht hat, dass es nur dann eine Unterstützung des Rates für die Baumaßnahme am Centro geben wird, wenn die aufgestellten Forderungen erfüllt werden.

Die Forderungen von Betriebsrat, Beschäftigten und Gewerkschaft lauten:

- sofortige Rücknahme der Kündigung der Altbeschäftigten,
 - Einhaltung von sozialen Standards, Tarifverträgen und deren Nachwirkung,
 - Wahrung der Rechte der Beschäftigten, u. a.
 - das sofortige Wiedereinsetzen des 2014 in Oberhausen gewählten Betriebsrates,
 - Garantieübernahme aller MitarbeiterInnen unter gleichen Arbeitsvertragsbedingungen am Centro.
- In dem Ratsbeschluss kommen diese For-

derungen allerdings nicht vor. Die Bedingungen, die XXXL erfüllen muss, um auf dem ehemaligen Stahlwerksgelände bauen zu dürfen, beziehen sich lediglich auf die künftige Nutzung des Grundstücks im Schladviertel, dem derzeitigen Standort von Rück.

Boykottaufruf von verdi

Der Boykott-Aufruf von verdi an die BürgerInnen vom 15. Juli 2016 ist da schon deutlicher: „Wir fordern Sie auf, Ihren Einkauf bei XXXL Rück so lange einzustellen, bis XXXL Rück die Verfahren vor dem Landesarbeitsgericht zurückzieht, beziehungsweise diese im Interesse der Arbeitnehmer beendet sind“, heißt es darin.

Verdi fordert dabei Stadtspitze und Politik auf, bei der Entscheidung über die Ansiedlung von XXXL Rück am Centro „auch das Verhalten von XXXL Rück gegenüber den ehemaligen Beschäftigten zu berücksichtigen“.

Desinformationskampagne von XXXL Rück

Fast zeitgleich hat XXXL Rück eine Werbekampagne gestartet, mit der offenkundig das angeschlagene Image des Unternehmens wieder aufpoliert werden soll. Im *Wochenanzeiger*, einem Anzeigenblatt für Oberhausen, sind fünf Folgen einer Serie von Anzeigen erschienen. Sie erwecken aufgrund ihrer Gestaltung den Eindruck, als ob es sich hier um einen redaktionellen Beitrag des *Wochenanzeigers* handeln würde.

Darin rechtfertigt einmal der Sprecher der Geschäftsleitung Helmut Götz die Kündigungen mit der mangelhaften Arbeitsmoral der KollegInnen, die sich Neuerungen entgegen stellen würden. In der zweiten und dritten Folge werden das „einzigartige Angebot“ des Unternehmens, die gute Bezahlung und die Aufstiegschancen für MitarbeiterInnen gerühmt. Dabei müssen die KollegInnen von Rück selbst mit Bild und Namen für die Zwecke von XXXL erhalten.

In Folge 4 fällt die Betriebsratsvorsitzende des ebenfalls Anfang 2014 übernommenen Möbelhauses XXXL Kröger, Kerstin Hüttner, ihren KollegInnen aus Oberhausen kräftig in den Rücken und schildert, wie durch die Übernahme des Möbelhauses Kröger durch XXXL alles besser geworden sei. Folge 5 zeigt und zitiert die von ihrem Ausbildungsbetrieb völlig begeisterten neuen Azubis.

Bisheriger Höhepunkt dieser Kampagne ist eine vergleichbar gestaltete vierseitige Verlagsbeilage, die die OberhausenerInnen am 24. August 2016 im *Wochenanzeiger* und noch einmal am Samstag danach in ihrer Tageszeitung fanden.

Diese sicher nicht billigen Bemühungen von XXXLutz zeigen, dass die Entschlossenheit des Oberhausener Betriebsrates, die negative Berichterstattung über XXXL (nicht nur) in der lokalen Presse und nicht zuletzt der Boykottaufruf von verdi Wirkung haben.

TTIP / CETA heißt auch:

Systematische Mobbing-Strategien gegen aktive Gewerkschafter*innen und Betriebsratsmitglieder.

Vor über 3 Jahren haben erste Gespräche über ein sogenanntes Freihandelsabkommen zwischen den USA und der Europäischen Gemeinschaft begonnen. Im Jahr 2016 (September) wollen die Bundesregierung und die EU-Kommission ein solches Abkommen (TTIP) immer noch nicht auf den Müllhaufen der Geschichte werfen. Obwohl Millionen Menschen sich schon mit ihrer Unterschrift eindeutig gegen ein solches Abkommen ausgesprochen haben. Allein über 2 Millionen haben bis zum Frühjahr 2016 die Europäische Volksinitiative unterzeichnet. Weit

über eine Million davon in Deutschland. Zwei Großdemonstrationen (Herbst 2015 mit über 200.000 in Berlin und im April 2016 in Hannover mit über 80.000 Menschen) haben den Willen der Mehrheit der Bevölkerung noch einmal großartig unterstrichen.

Viele Gründe sprechen gegen ein solches Freihandelsabkommen, das in entscheidenden Punkten in keiner Weise den Interessen der arbeitenden Menschen genügt. Gewerkschaften kritisieren, neben den sogenannten Schiedsgerichten und anderen Negativregelungen, eben auch die Aushebelung von zentralen Arbeitnehmerrechten. Ein Import von Union Busting (Gewerkschafts- und Betriebsrätemobbing), wie schon seit vielen Jahren in den USA mit größtmöglicher Brutalität in Betrieben Praxis und leider in vielen Fällen auch erfolgreich, könnte damit auch in der Bundesrepublik schärfere Ausmaße annehmen. Einfach unter dem Motto: Kein Unternehmen darf gegenüber dem anderen (aus dem anderen Land) benachteiligt werden. Somit könnte alles Schlechte aus der Betriebspraxis uns überall treffen.

**Dagegen wehren wir uns und rufen auf: Macht mit!
Kommt zur Großdemonstration nach Köln am 17.09.2016!
„KEIN CETA und KEIN TTIP!“**

Am 17.09.2016 finden Großdemonstrationen gegen CETA und TTIP statt in Berlin, Frankfurt/Main, Hamburg, Köln, Leipzig, München und Stuttgart.

Auftakt der Demonstration in Köln: 12 Uhr Deutzer Werft



Foto: Flickr, Adam Wolf

Altersarmut durch prekäre Beschäftigungen!

Nach wie vor bröckelt das Normalarbeitsverhältnis weg. 38 % aller Arbeitnehmer/innen befinden sich in atypischer Beschäftigung. Mehr als 50 % der atypisch Beschäftigten arbeiten zu Niedriglöhnen oder in erzwungener Teilzeit.

Der Großteil der geringfügig Beschäftigten sind Frauen. Im gewerblichen Bereich liegt ihr Anteil bei 60,8 %, in Privathaushalten bei 91,1 %. Die meisten gewerblichen Minijobber/innen arbeiten im Handel.

Dies führt in der Folge zur Altersarmut, wovon besonders die Frauen betroffen sind!



Foto: Akuwill

Betriebsräte im Visier – Bossing, Mobbing & Co. – Was tun? Konferenz

mit betroffenen KollegInnen aus verschiedenen Branchen, Verena zu Dohna-Jaeger (IG Metall), Patrick Fütterer (Fachanwalt für Arbeitsrecht), Albrecht Kieser (work-watch), Helmut Schmitt (IG BCE), Stephan Weis-Will (ver.di) und anderen. Musik: ewo² (Bernd Köhler und Jan Lindqvist)

Samstag, 15. Oktober 2016, 13.00 - 19.00 Uhr

Gewerkschaftshaus Mannheim, Hans-Böckler-Str. 1, 68161 Mannheim

Mit freundlicher Unterstützung von IG Metall Mannheim sowie AKUWILL (Oberhausen), IG BCE Weinheim, IGM-Vertrauenskörper General Electric (MA), Überbetriebliches Solidaritätskomitee Rhein-Neckar, ver.di Rhein-Neckar, work-watch (Köln). (Stand 31.08.16).

Betriebsräte im Visier - Bossing, Mobbing & Co.

Mit den beiden ersten bundesweiten Konferenzen „Betriebsräte im Visier“ haben wir 2014 und 2015 Beiträge zur Analyse dieses sehr bedrohlichen Phänomens geleistet.

Die Entschließung der zweiten Konferenz „Betriebsräte im Visier“ hat am 17. Oktober 2015 festgestellt:

„Es fehlt ein konsequenter bundesweiter Widerstand gegen derartige Formen des Klassenkampfes von oben. Das ist nicht zuletzt Aufgabe der Einzelgewerkschaften und ihres Dachverbands DGB, deren betriebliche Basis zunehmend bedroht wird.“

Wir rufen deshalb im Sinne des Mannheimer Appells vom 11. Oktober 2014 dazu auf, die Grund- und Menschenrechte von Gewerkschaftsmitgliedern und Betriebsräten entschlossen zu verteidigen!“

Deshalb steht dieses Mal neben dem Erfahrungsaustausch von und mit betroffenen KollegInnen die vertiefte Diskussion über Strategien der gewerkschaftlichen Gegenwehr im Mittelpunkt.

Die Liste der in der Öffentlichkeit mittlerweile wahrgenommenen Skandale wird ständig länger. Firmen wie Bauhaus, Bossel, Bureau Veritas, General Electric, Good Game, KiK, Meyer Werft, OBI, Playmobil, Tiefdruck Schwann-Bagel, UPS oder XXXLutz sind nur einige weitere bekanntgewordene Fälle.

Die gewachsene Aggressivität gegenüber aktiven Mitgliedern von Interessenvertretungen ist also ungebrochen. Unternehmen gingen und gehen mit rabiaten Methoden gegen Betriebsräte und aktive GewerkschafterInnen vor. Ziel ist nach wie vor die Ausschaltung der betroffenen KollegInnen.

Juristische Angriffe gegen gewerkschaftlich Aktive bis hin zur Verdachtskündigung und psychische Schädigung bis hin zur Zerstörung ihrer Persönlichkeit sind zwei Seiten derselben Medaille.

Auf der Konferenz werden wir aktuelle Beispiele der Gewerkschafts- und Betriebsratsbekämpfung beleuchten. Wir werden erneut das Verhalten von Arbeitsgerichten in diesem Zusammenhang kritisch würdigen. Zudem sollen Verabredungen zur Verbesserung unserer strategischen Koordination und unserer Öffentlichkeitsarbeit getroffen werden.

Nicht zuletzt aber wollen wir betroffenen KollegInnen ein Forum zum solidarischen Erfahrungsaustausch und zur noch wirksameren Vernetzung anbieten.

www.gegen-br-mobbing.de

Programm:

12.30 Uhr Anmeldung

13.00 Uhr Eröffnung und Grußworte

13.30 Uhr Analyse I: Gewerkschaftsbekämpfung und BR-Mobbing - Was setzt die IG Metall dagegen?

14.00 Uhr Plenumsdiskussion

14.30 Uhr Kaffeepause

14.45 Uhr Analyse II: BR-Mobbing - Immer noch kein Thema für die Arbeitsgerichtsbarkeit?

15.10 Uhr Plenumsdiskussion

15.30 Uhr Analyse III: Der Fall XXXL - Radikal gegen Betriebsräte, Belegschaften und Gewerkschaften?

15.55 Uhr Plenumsdiskussion

16.15 Uhr Kaffeepause

16.30 Uhr Podiumsgespräch: BR-Mobbing - Was passiert mit den Betroffenen und ihrem Umfeld?

17.10 Uhr Strategie / Verabredungen / Was tun?
Impulsreferat, Diskussion, Zusammenfassung

18.15 Uhr Musikalischer Abschluss: ewo²

19.00 Uhr Schlusswort (danach gemeinsames Abendessen)

www.gegen-br-mobbing.de

Den kompletten Flyer mit dem Anmeldeformular findet Ihr unter: www.gegen-br-mobbing.de

Weitere Initiativen gegen Gewerkschaftsbekämpfung und Betriebsratsmobbing (nicht nur) in NRW:

• aktion ./ . arbeitsunrecht, Köln

Dokumentiert die systematische Bekämpfung von Beschäftigten, Betriebsräten und gewerkschaftlicher Organisation in Deutschland. Will durch Aufklärung und Analyse einen Beitrag zur Gegenwehr leisten und organisiert Solidaritätsaktionen.

www.arbeitsunrecht.de

• LabourNet Germany, Bochum

Informiert über die Wirklichkeit der Arbeitswelt und der Gesellschaft. Arbeitet dafür, dass Menschen sich einmischen und dass solche Bestrebungen bekannt werden und sich vernetzen können. Organisiert auch selbst Solidarität und Aktionen.

www.labournet.de

• Work Watch, Köln

Von „Arbeit und Leben NRW“ und von Günter Wallraff ins Leben gerufen. Geht Fällen nach, in denen z. B. Arbeitgeber mit rechtlich fragwürdigen Methoden wie aggressivem Mobbing gegen unliebsame Beschäftigte oder Betriebsräte vorgehen.

www.work-watch.de

MK-Kliniken – ehemals Marseille-Kliniken Bochum und Herne: Engagierte Betriebsrät*innen unerwünscht!

Die MK-Kliniken AG betreibt nach eigenen Angaben 55 Pflegeeinrichtungen und vier Wohnanlagen für Betreutes Wohnen und hat bundesweit rund 4.850 Beschäftigte. Gegründet wurde sie von dem Unternehmer Ulrich Marseille.

Unter den MK-Kliniken finden sich nur wenige große Einrichtungen. Die meisten Häuser haben bis zu 200 Beschäftigte. Es sind auch Einrichtungen dabei, in denen weniger als 50 Kolleg*innen arbeiten. Die Kliniken werden als eigenständige Gesellschaften mit unterschiedlichen Rechtsformen betrieben. Häuser wurden von kirchlichen, staatlichen oder privaten Trägern übernommen und unter ihrem alten Namen weitergeführt.

Für die MK-Kliniken AG bzw. ihre Aktionär*innen ist Profitmaximierung das oberste Unternehmensziel. Gesundheit ist eine Ware, ebenso wie die Arbeitskraft der Beschäftigten, die möglichst billig eingekauft werden soll. Engagierte Betriebsräte und Gewerkschaften, die die Interessen der Kolleg*innen vertreten, stören hier offenbar.

Von den 55 Pflegeeinrichtungen haben nur die Einrichtungen in Herne (Flora Marzina) und Bochum (Barbaraneum) noch Betriebsräte. Und deren Mitglieder sind heftigen Angriffen durch die Geschäftsleitung ausgesetzt.

Angriffe auf Betriebsrät*innen

Hintergrund dieser Angriffe ist eine neue Software, deren Einführung mitbestimmungspflichtig ist – nicht zuletzt im Hinblick auf den Datenschutz.

Die langjährige Betriebsrätin Bouich-Kouhpeyma und ihre Betriebsrats-Kollegen verlangen eine Übereinkunft, eine Betriebsvereinbarung zum Thema Datenschutz. Doch die Geschäftsleitung geht nicht darauf ein – und bittet den Betriebsrat, einer Kündigung der Betriebsrätin zuzustimmen. Dieser weigert sich. Die MK-Kliniken ziehen vor Gericht.

Das Arbeitsgericht schlägt den Angriff gegen die Bochumer Betriebsrätin bei einem Termin am 14. Juni 2016 nieder. Die Kündigung zählt nicht.

Aus dem Aufruf des ver.di-Bezirks Bochum-Herne von April 2016

„... Mit menschenverachtenden Methoden gehen die „MK-Kliniken AG“ in Bochum und Herne gegen Betriebsrät*innen vor. ... Im „Meridias Ruhrstadtpflegehaus Barbaneum Bochum GmbH“ und im Haus Flora Marzina in Herne gibt es mutige Kolleg*innen. Hier

gibt es Betriebsräte. Die MK-Kliniken AG versucht nun, sie loszuwerden: In Herne wurden zwei Betriebsratsmitglieder „betriebsbedingt“ gekündigt. Ihre Abteilung wurde einfach dicht gemacht. In Bochum hat die Betriebsratsvorsitzende die fristlose Kündigung bekommen. Die Vorwürfe sind absurd. Vorstand und Geschäftsführung der MK-Kliniken AG, allen voran Herr Dieter Wopen, haben einen der bundesweit bekanntesten und teuersten Advokatus diaboli, Helmut Naujoks, beauftragt, die Betriebsräte in den Seniorenheimen aus dem Weg zu räumen und jeden Widerstand von Beschäftigten gegen schlechte Arbeitsbedingungen im Keim zu ersticken. ...

... Abmahnungen und fristlose Kündigungen gegen Beschäftigte und Betriebsräte, Spaltung und Polarisierung der Belegschaften, offene und verdeckte Bespitzelungen – auch im Privatleben, unberechtigte hohe Schadensersatzklagen, willkürliche Versetzungen und viele weitere Schikanen bis hin zu Bestechungsversuchen, Hausverbote gegen Gewerkschaftssekretäre und Betriebsräte oder die Gründung und das Coaching von Anti-Betriebsrats-Initiativen: das ist Union Busting. ...“

Vor einer KIK-Filliale in Oberhausen am Aktionstag „Freitag der 13.“, 13.11.2015

Foto: Akuwill



AKUWILL

Wer wir sind und warum es uns gibt

Wir sind Mitglieder verschiedener Gewerkschaften. Zueinander gefunden haben wir im Jahr 2014 durch die gemeinsame Teilnahme an Solidaritätsaktionen für (ehemalige) Beschäftigte der InterClean Gebäudereinigung und Gebäudedienste GmbH, die unter anderem mit der Reinigung und dem Betrieb der Toilettenanlagen des Centro in Oberhausen beauftragt ist.

Engagierte Gewerkschaftsmitglieder wurden von der Unternehmensleitung systematisch schikaniert. Der Betriebsrat musste un-

ter unzumutbaren Bedingungen arbeiten.

Mit seinem Modell, Trinkgelder durch völlig unterbezahlte sogenannte Sitzerinnen einsammeln zu lassen, um sie dann komplett einzukassieren, hat InterClean bundesweite Bekanntheit erlangt.

Wir haben den Aktionskreis gegründet, weil InterClean kein Einzelfall ist. Vielmehr werden solche Praktiken zunehmend systematisch angewandt – und gegen organisierte Angriffe hilft nur organisierte Gegenwehr.

Aktionskreis gegen Unternehmerwillkür

Postfach: 10 01 25

46001 Oberhausen

Telefon: 0208/30 75 47 95, Email: info@akuwill.de